17. 1. Zum Begriffe der „Verbielfältigung“ im Sinne von § 15 des Gesetzes vom 9. Januar 1907, betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie (N.G.Vl. S. 7).
2. Welches sind die Voraussetzungen zur Anwendung von § 16 des genannten Gesetzes?
3. Wer ist mit Bezug auf die Verbielfältigung als Täter anzusehen?
4. Inwieweit muß die Zuerkennung einer Buße begründet werden?

III. Straffenat. Ur. v. 22. November 1909 g. S. III 778/09.

I. Landgericht Stettin.

Gründe:

Der Revision des Angeklagten war der Erfolg zu versagen.
Die Strafkammer hat mit ausreichender Bestimmtheit festgestellt, daß die in Frage kommende Strichzeichnung nach der Photographie

des Photographen D. in der im Urteile näher bezeichneten Weise hergestellt war und daß Angeklagter dies wußte. Vergebens bekämpft die Revision die letzterwähnte tatsächliche Feststellung. Ob die Beweisergebnisse ausreichen, sie zu treffen, ob insbesondere das Schußvorbringen des Angeklagten, er habe nicht gewußt, daß das D.'sche Werk (Original) unter dem Schutze des Gesetzes vom 9. Januar 1907 stehe, den von der Strafkammer daraus gezogenen tatsächlichen Schluß rechtfertigte, kann das Revisionsgericht nicht nachprüfen. Die D.'sche Photographie war als Werk der Photographie nach § 1 des Kunstschutzgesetzes vom 9. Januar 1907 geschützt. Nur der Urheber durfte das Werk vervielfältigen und gewerbsmäßig verbreiten. Als Vervielfältigung gilt nach § 15 Abs. 1 auch die Nachbildung, die zur Vermeidung von Zweifeln ausdrücklich der Vervielfältigung gleichgestellt ist (Motive S. 21). Wer in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen vorsätzlich ohne Einwilligung des Berechtigten die Photographie nachbildet, macht sich der Vervielfältigung schuldig und damit nach § 32 des genannten Gesetzes strafbar, mochte auch die Herstellung der Nachbildung nicht auf rein mechanischem Wege entstanden sein, sondern ihrerseits eine eigene schöpferische Tätigkeit erkennen lassen. Der letzterwähnte Umstand ist nach § 15 Abs. 2 geeignet, dem Nachbildner ein Verbotungsrecht gegenüber Dritten, die seine Nachbildung vervielfältigen, gewerbsmäßig verbreiten usw., zu geben (Komm.-Ver. S. 10), enthebt ihn aber nicht seiner strafbaren Verantwortlichkeit gegenüber dem Urheber des Originalwerkes. Es ist hiernach gleichgültig, ob das vom Angeklagten selbst oder in seinem Auftrage von seinem Bediensteten hergestellte und von ihm gewerbsmäßig verbreitete Bild eine auf rein mechanischem Wege entstandene Vervielfältigung oder eine eigener schöpferischer Tätigkeit entsprungene Nachbildung mittels eines anderen Verfahrens (vgl. § 17 des Gesetzes und Motive S. 24) war.

Anders läge die Sache nur dann, wenn dem Angeklagten der § 16 zur Seite stände, was die Strafkammer rechtsirrtumsfrei mit prozessual ausreichender, von der Revision ohne Grund bemängelter Feststellung verneint. Die Voraussetzungen dieser Bestimmung sind nur dann gegeben, wenn lediglich eine fremde künstlerische Idee benutzt, ausgestaltet und verarbeitet wird, einem fremden Werke nur die Anregung entnommen, gleichzeitig aber ein auf eigener, künstlerisch

schaffender Tätigkeit beruhendes, sonach neues Werk geschaffen wird. Es muß ein in seiner charakteristischen Gesamtindividualität neues Werk vorliegen; geringfügige Abänderungen, denen kein neuer künstlerischer Gedanke zugrunde liegt, genügen ebensowenig, wie bloße Weglassung einzelner Teile, Veränderung in der Farbgebung, dem Umfange, Beifügung neuer Zutaten (Entsch. des R.O.'s in Straff. Bd. 18 S. 321, Bd. 33 S. 39. 44, Bd. 42 S. 83). Von den erwähnten Gesichtspunkten aus hat die Strafkammer zutreffend die Frage nach dem Vorliegen der Voraussetzungen des § 16 geprüft und verneint. Weitere Einzelheiten zur Begründung dieser Annahme anzuführen, bestand weder eine prozessuale Verpflichtung, noch eine tatsächliche Veranlassung.

Nicht zu beanstanden ist die Annahme, daß Angeklagter nicht nur hinsichtlich der gewerbsmäßigen Verbreitung, sondern auch hinsichtlich der Vervielfältigung als Täter zu erachten sei. Täter ist nicht nur derjenige, der mit dem erforderlichen Vorsatze die Vervielfältigung herstellt, sondern auch der, welcher einen anderen mit der Vervielfältigung beauftragt, sie veranlaßt, durch andere herstellen läßt (Entsch. des R.O.'s in Straff. Bd. 9 S. 109, Bd. 14 S. 237 [239], Bd. 12 S. 34, Bd. 20 S. 430, Bd. 41 S. 287). Es ist deshalb ohne Bedeutung, ob Angeklagter die Vervielfältigung selbst herstellte, oder sie durch seine Bediensteten herstellen ließ.

Hinsichtlich der Höhe der Buße waren der Strafkammer nur insofern Grenzen gesetzt, als sie nicht über den vom Verletzten verlangten Betrag hinaus erkennen durfte; im übrigen unterlag die Festsetzung der Höhe der Buße ihrem freien pflichtgemäßen Ermessen und es kann bei der Einfachheit der Sachlage als ausreichend erachtet werden, wenn sie die von ihr erkannte Buße ohne nähere Begründung im einzelnen als angemessen bezeichnete.